

Öffentlicher Dienst

Noch 792 Jahre bis zur Gleichstellung

PolitikerInnen aller Parteien fordern die Gleichstellung der Frauen in den Vorstandsetagen. Doch ausgerechnet im öffentlichen Dienst ist frau davon weit entfernt. „Es gibt sie nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst und ebenso in den öffentlichen Unternehmen: die „gläserne Decke“, die es Frauen fast unmöglich macht, in die obersten Hierarchie-Ebene vorzudringen“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist: Frauen sind in den Führungspositionen des öffentlichen Sektors zwar generell zu einem Drittel vertreten. Ihr Anteil an den Führungspositionen sinkt aber deutlich mit steigender Hierarchie-Ebene.

In den Vorständen von öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen sieht es besonders düster aus. Gerade mal 2,5 Prozent der Vorstände sind weiblich. Ihr Anteil steigt – wenn überhaupt – mit der „rasanten Geschwindigkeit“ von

0,5 Prozent jährlich. „Bis wir hier Gleichstellung haben, dauert es noch 792 Jahre“, merkt Julia Schimeta, Autorin der DIW-Studie an.

In den obersten Bundesbehörden erreichen nur sehr wenige Frauen die Top-Positionen der Beamtenlaufbahn. „In der Geschichte der Bundesrepublik gab es mehr Ministerinnen als beamtete Staatssekretärinnen“, beschreibt Julia Schimeta die Situation. „Am stärksten ist die Unterrepräsentanz von Frauen im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums.“ Hier fände sich nur eine einzige Frau gegenüber 175 Männern in Führungspositionen. Neben dem Verteidigungsministerium gehören das Auswärtige Amt (17,2 %) und das Finanzministerium (11,4 %) zu den Ressorts mit der niedrigsten Quote. Deutlich bessere Werte erreichen das Familienministerium (29,4 %) oder das Ministerium für Bildung und Forschung (26,9 %).

Insbesondere die Bereiche Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen sind ein Musterbeispiel für ein Problem, mit dem sowohl Julia

Männer sind einsame Spitze

Frauenanteil in Top-Positionen der öffentlichen Verwaltungen (in Prozent) EU-Länder mit dem höchsten und geringsten Anteil

	Frauen	Männer
Slowenien	58	42
Spanien	57	43
Rumänien	51	49
Deutschland	11	89
Belgien	9	91
Malta	8	92
EU 27	30	70

Quelle: Europäische Kommission 2012

Mit 11 Prozent Frauenanteil steht Deutschland schlecht da. Lediglich Malta und Belgien lassen noch weniger Frauen führen.

Schimeta als auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hadern. So stellte die GEW auf einer Tagung unter dem Motto „Frauen stärken“ fest: „Es gibt kaum verfügbare Daten über Frauen in Führungspositionen in diesen Bereichen.“ Mehr Transparenz sei notwendig, um die Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst zu erreichen. Für Ingrid Sehrbrock lautet das Fazit: „Der Befund überrascht nicht. Im öffentlichen Sektor, einem für Frauen wichtigen Beschäftigungsbereich, zeigen sich Spaltungstendenzen, wie wir sie vom Arbeitsmarkt kennen. Damit Frauen nicht länger benachteiligt werden, müssen sich die Strukturen ändern. Mit Kontrollinstrumenten und Sanktionen bewehrte Gesetze können diesen Veränderungsprozess vorantreiben.“

plusminusBERLIN

+ Die CSU-Bundestagsabgeordnete **Dorothee Bär** lehnt die von den Arbeitgebern gewünschte Verkürzung der Elternzeit ab. Benötigt würden „familiengerechte Arbeitsplätze“ und keine „arbeitsplatzgerechten Familien“.

- Eine „völlige Offenlegung“ der Nebenkünfte von Bundestagsabgeordneten lehnt der CDU-Fraktionsvorsitzende **Volker Kauder** ab. Er fürchtet, dass dann nur noch „Beamte und Funktionäre“ im Parlament sitzen.

Seite 3

Allgemeinverbindlich Niedriglöhne und immer weniger allgemeinverbindliche Tarifverträge setzen das Tarifsystem unter Druck. DGB und Gewerkschaften wollen das ändern

Seite 5

Aufstocker 1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen trotz Job ihr Einkommen durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Hauptursache ist der boomende Niedriglohnssektor

Seite 7

Aktionswochen Länderübergreifende Aktionswochen zur Finanzkrise haben Gewerkschaften aus Österreich, der Schweiz und Deutschland verabredet. Der österreichische Gewerkschaftsvorsitzende Wolfgang Katzian über den Hintergrund



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/I57n
Kampagne von DGB und IGB gegen UN-Pläne zur Beschränkung des Internets

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Frauen in Führungspositionen des Öffentlichen Dienstes

Brandkatastrophe

Textilindustrie lernt nichts dazu

Mehr als hundert Todesopfer forderte der Brand in einer Fabrik von Tazreen Fashion in Bangladesch. Seit 2004 ist es das fünfte Großfeuer in einer Textilfabrik in dem asiatischen Billiglohnland. Für Johann Rösch, Textileinzelhandelsexperte bei ver.di, ist es ein „weiteres Beispiel dafür, dass all die von westlichen und auch von deutschen Unternehmen gepriesenen Audits und Kontrollverfahren nur geeignet sind, die Nachhaltigkeitsberichte dieser Unternehmen

zu schönen“. Die Gewerkschaft erwartet, dass nun die im Frühjahr 2012 von dem US-Textilriesen PVH initiierte Brandschutz-Vereinbarung von den großen Firmen unterschrieben wird.

Bislang weigern sich Firmen wie Zara oder auch H&M, der Initiative beizutreten. Ziel der PVH-Aktion sind Schulungen für die Beschäftigten, die Gründung von Arbeitsschutzkomitees und ein unabhängiges Kontrollsystem, an dem sich auch die Gewerkschaften beteiligen können. Reine Aufklärungskampagnen helfen nicht, ist sich Rösch sicher, „solange das Zugangsrecht für Gewerkschaften nicht durchgesetzt ist“. •

Entsenderichtlinie

Arbeitnehmerrechte in Gefahr

Seit vielen Jahren setzen die Gewerkschaften sich für eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie ein, um den weit verbreiteten Missbrauch einzudämmen. Was derzeit aber im Europäischen Parlament und im Rat auf Vorschlag der Kommission zur „besseren Durchsetzung der Entsenderichtlinie“ verhandelt wird, hilft keinen Schritt weiter und würde Arbeitnehmerrechte schwächen.

Dieser Vorschlag muss aus Sicht des DGB grundlegend überarbeitet werden: „Anstatt endlich die Rechte entsandter Beschäftigter zu stärken, will die Kommission die Ent-

sendeunternehmen vor angeblich zu strengen Kontrollen schützen,“ kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Dabei sind strenge Kontrollen nach Auffassung des DGB dringend notwendig. Die Maßnahmen, mit denen in Deutschland gute Erfahrungen gemacht werden, wie etwa umfangreiche Meldepflichten, müssen weiterentwickelt werden, statt sie einzuschränken. Zudem darf die Generalunternehmerhaftung nicht aufgeweicht werden, und die Beratung von entsandten Beschäftigten muss flächendeckend gewährleistet werden. •

Elend in den Städten

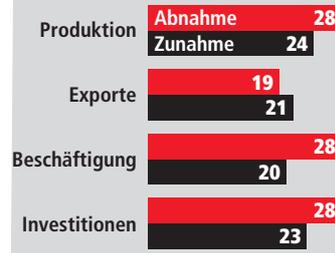
Mehr Armut

In deutschen Großstädten wächst die Armut besonders schnell. In den Großstädten im Osten und im Ruhrgebiet leben bis zu einem Fünftel der Menschen unter der Armutsgrenze. Das zeigt der WSI-Report des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) vom November 2012.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung in den Ruhrgebietsstädten Dortmund und Duisburg. Die beiden Städte nähern sich inzwischen mit gut 24 und 23 Prozent Armutsquote dem Niveau von Leipzig (25 %). Neben Leipzig ist die Quote im Osten in Dresden (20 %) nach leichter Abnahme in den Jahren 2008 bis 2010 zuletzt wieder gestiegen. Berlin liegt ebenfalls mit 21,1 Prozent deutlich über dem Bundestrend (15,1 %). •

Weniger Wachstum

Prognosen der Unternehmen für das Jahr 2013 (in Prozent)



Quelle: IW-Konjunkturumfrage November 2012

Die deutsche Wirtschaft schwächelt, stellt das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) nach seiner aktuellen Konjunkturumfrage fest. Eine Rezession erwarteten die Unternehmen für das kommende Jahr zwar nicht, aber es gelte Investitionszurückhaltung. Von den rund 2300 befragten Firmenvertretern gehen 28 Prozent davon aus, dass das kommende Jahr schlechter wird. 28 Prozent der Unternehmen rechnen 2013 mit Personalabbau. Nur 19 Prozent gehen von Neueinstellungen aus.

EU-Finanzsteuer

Gebot der Fairness

Nach langer Diskussion kommt Bewegung in das Thema Finanztransaktionssteuer. Elf Staaten ziehen derzeit mit. Neben Deutschland sind dies die Länder Belgien, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien. Diese Steuer wird von den Gewerkschaften schon lange gefordert. Jetzt sieht auch die Kommission die Notwendigkeit. Kommissionspräsident José Manuel Barroso begründet sie mit der gebotenen „Fairness“, damit die Kosten der Krise nicht nur dem „einfachen Bürger“ auferlegt würden. Da eine solche Abgabe eigentlich nur mit der Zustimmung aller 27 EU-Länder möglich ist, wählte die Elfer-Gruppe einen Ausweg. Die Staaten verpflichteten sich zu einer „verstärkten Zusammenarbeit“. Dem können die Steuer-Gegner nicht widersprechen. •

Rente und Minijobs

Zustimmung im Bundesrat

Entgegen den Empfehlungen der Ausschüsse stimmte die Bundesratsmehrheit für die Erhöhung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro. Die rot-grün regierten Landesregierungen brachten keine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses zustande. Die Mehrheit stimmte ebenfalls für die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Senkung der Rentenbeiträge. Auch hier hatte der Fachausschuss empfohlen, das Gesetz via Vermittlungsausschuss abzulehnen. •

Energiewende

Innovationspakt gefordert

Einen energiepolitischen Innovationspakt hat das Innovationsforum Energiewende (If.E), eine gemeinsame Initiative von IG BCE, Unternehmen und Betriebsräten von der Politik gefordert. „Wir erwarten, dass die Politik die Zeit bis zur Bundestagswahl zu einer energiepolitischen Inventur nutzt und die bisherige Konzeption der Energiewende und den Instrumentenkasten gründlich überprüft“, erklärte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis auf dem ersten If.E-Kongress Ende November in Berlin. •

www.innovationsforum-energiewende.de

in eigener Sache

Erfurt statt Berlin: In der letzten *einblick*-Ausgabe 20/2012 stand in der Rubrik „plusminusBerlin“, dass **Astrid Rothe-Beinlich** Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen ist. Tatsächlich ist sie aber Abgeordnete im Thüringer Landtag und Mitglied im Bundesvorstand ihrer Partei.

Für sozialen und betrieblichen Frieden

Das Tarifvertragssystem ist unter Druck. Eine Ursache sind Austritte aus den Arbeitgeberverbänden und Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung. Auch der wachsende Niedriglohnsektor schwächt das Tarifsystem. Und: Immer weniger Tarifverträge werden für allgemeinverbindlich erklärt.

Die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen ist ein erprobtes Instrument, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Sie verhindert Nachteile zu Lasten der tarifgebundenen Unternehmen und Beschäftigten. Die AVE verliert stark an Bedeutung: Von 1991 bis 2011 ist die Anzahl allgemeinverbindlicher Tarifverträge von 622 auf 495 gesunken. Gerade einmal 1,5 Prozent aller Tarifverträge sind heute noch allgemeinverbindlich. Zu Beginn der 90er Jahre lag ihr Anteil bei 5,4 Prozent. Gleichzeitig gab es einen kontinuierlichen Rückgang der Tarifbindung, 2010 waren nur noch 36 Prozent der Betriebe im Westen tarifgebunden, im Osten 20 Prozent. Zudem stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest: „Allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge gelten derzeit nur noch regional begrenzt für insgesamt rund 245 000 Beschäftigte.“ (einblick 19/2012).

Seit 2009 erlaubt das Mindestarbeitsbedingungengesetz, dass mit Hilfe staatlicher Verordnungen in Branchen mit geringer oder fehlender Tarifbindung Mindestentgelte festgelegt werden. Allerdings wurde auf dieser Grundlage noch nicht ein einziger Mindestlohn erlassen. Das Arbeitnehmerentgeltgesetz und das Tarifvertragsgesetz bieten die Möglichkeit, allgemeinverbindliche Tarifverträge auf alle Arbeitsverhältnisse einer Branche zu erstrecken. Das setzt voraus, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der unter den Branchentarifvertrag fallenden ArbeitnehmerInnen beschäftigen. Außerdem muss

die AVE im öffentlichen Interesse liegen. Hier liegt das Problem: Da immer weniger Arbeitgeber die Branchentarifverträge anwenden, werden diese 50 Prozent selten erreicht.

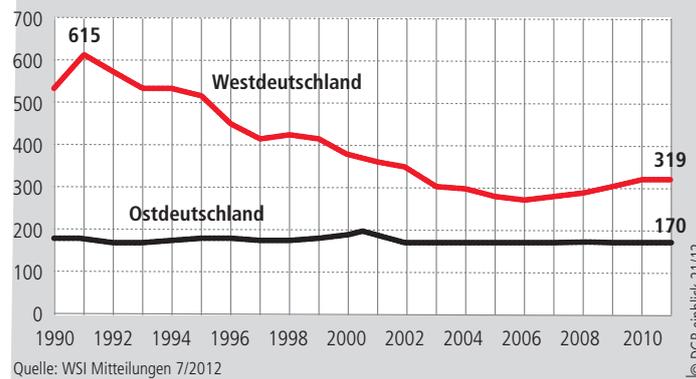
Nun hat der DGB-Bundesvorstand einen Vorstoß in Sachen AVE beschlossen: Die 50-Prozent-Regelung entspricht nicht mehr der Wirtschaftsstruktur. „Sie ist

gegeben, wenn es darum geht, soziale Standards und das Tarifvertragssystem zu sichern.“ Die Tarifautonomie müsse gestärkt werden.

Mehr AVE sind ein wichtiger Beitrag für die Stabilisierung des Tarifsystems insgesamt. Zu diesem Schluss kommen auch Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten vom WSI in ihrer unlängst erschie-

Immer weniger allgemeinverbindlich

Allgemeinverbindliche Tarifverträge 1990 bis 2010



Mit dem Rückgang von Allgemeinverbindlicherklärungen ist auch die Tarifbindung in Deutschland um 15 Prozent zurückgegangen.

auch verfassungsrechtlich nicht erforderlich“, sagt DGB-Rechtsexpertin Helga Nielebock. Mit abnehmender Tarifbindung steige daher der Bedarf nach staatlicher Regulierung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, so Nielebock weiter. Es sei notwendig, das „öffentliche Interesse“ zu präzisieren. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt: „Im öffentlichen Interesse liegt es, dass Lohndumping verhindert wird. Unternehmen sollten nicht über niedrige Löhne miteinander konkurrieren, sondern über die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen.“ Öffentliches Interesse, so Michael Sommer weiter, ist „auch dann

nenen Studie „Stabilisierung des Flächentarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlichkeitsklärung“. Sie regen an, dass im Tarifausschuss, der über die Ausdehnung von Tarifverträgen entscheidet, auch die jeweiligen Branchen-Tarifparteien sitzen – und nicht nur Dachverbände. Die blockieren mit ihrem Vetorecht oft die Wünsche ihrer Mitgliedsverbände nach Allgemeinverbindlichkeit. Die beiden Forscher regen an, dieses Veto-Recht abzuschaffen. Und auch sie plädieren dafür, die 50-Prozent-Regel zu streichen. Sie erschwere eine AVE gerade dann, wenn sie durch sinkende Tarifbindung notwendig werde.

Mindestlohn-Verhandlungen

Spätestens im nächsten Jahr will ver.di Mindestlohn-Verhandlungen mit dem Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) aufnehmen. Dessen Mitgliederversammlung hat den Weg dafür geebnet.

„Die Situation für FriseurInnen ist skandalös – Stundentlöhne von 5 bis 6 Euro sind keine Seltenheit, teilweise liegen sie sogar noch darunter“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Petra Gerstenkorn. Doch jetzt „ist der Weg für Mindestlohn-Verhandlungen frei – das ist ein positives Signal für eine Branche, deren Image am Boden liegt“, unterstreicht Gerstenkorn.

Die noch zu bildende Bundestarifkommission wird spätestens Anfang 2013 mit der Tarifgemeinschaft der Landesinnungsverbände die Verhandlungen aufnehmen. Geschäftsmodellen, die mittels Lohndumping Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern erzielen, soll durch einen Branchen-Mindestlohn die Grundlage entzogen werden.

Als „Gewinner eines reformierten Tarifsystems mit Existenz sichernden Entgelten“ sieht DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki „die betroffenen Menschen und den Staat gleichermaßen: Die Menschen, weil sie von ihrer Hände Arbeit wieder leben könnten, den Staat, weil er bei Existenz sichernden Entgelten weniger Transferleistungen aufbringen muss“.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Zukunft ohne Zeitungen?

Nach dem Aus für die *Frankfurter Rundschau* wird nun auch die Wirtschaftszeitung *Financial Times Deutschland* eingestellt. Und auch bei anderen etablierten Zeitungen sinken die Auflagen. Doch was bedeutet diese Entwicklung für die Demokratie? Kann das Netz Print ersetzen? Eine Diskussionsrunde der Friedrich-Ebert-Stiftung will diesen Fragen am 7. Dezember in Köln nachgehen. ExpertInnen aus Presse, Wissenschaft und Blogosphäre analysieren und diskutieren Perspektiven und Herausforderungen. •

Anmeldung: indra.kroemer@fes.de

Finanzkrise

Themenheft klärt auf

Was war nochmal die Ursache für die Finanzkrise 2007/2008? Was hat diese und vorherige Krisen ausgelöst? Mit Hilfe von Zeitungsbeiträgen renommierter Tageszeitungen und Magazinen bereitet das „Themenheft Finanzkrise“ der Hans-Böckler-Stiftung alle wichtigen Details auf. Die als Lehrerheft konzipierte Broschüre „Denn wir wissen nicht, was sie tun“ liefert gut lesbar alle wichtigen Fakten und Zusammenhänge und setzt die Krise am Ende des vergangenen Jahrzehnts in Bezug zur aktuellen Krise in Europa. •

www.bit.ly/hbs_krise



Hans-Böckler-Stiftung

Projekt Dritter Bildungsweg

Mit dem Modellprojekt „Dritter Bildungsweg“ will die Hans-Böckler-Stiftung herausfinden, wie man Menschen ohne Abitur motivieren kann, ein Studium aufzunehmen. Zentrale Aufgabe ist es, umfassende und leicht zugängliche Informationen zum Studium bereitzustellen sowie den Studienstart durch individuelle Hilfe zu unterstützen. Zudem sollen Hochschulen angeregt werden, sich anderen Studierendengruppen zuzuwenden. Integration von Menschen ohne Abitur in den akademischen Betrieb soll so ermöglicht werden. Projektpartner sind die Fakultät für Ingenieurwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und der Fachbereich Gesundheitswesen an der FH Niederrhein. Für beide Standorte bietet die Hans-Böckler-Stiftung in den kommenden drei Jahren Stipendien an. Bewerbungsschluss für die ersten Stipendien ist der 1. Februar 2013. •

Mehr Infos: www.boeckler.de/stipendium

TBS Hessen

Professionell mitbestimmen

Ob beim Umgang mit Arbeitgebern, oder den notwendigen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen – Betriebsräte müssen in vielen Bereichen kompetent sein. Um ArbeitnehmervertreterInnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, hat die Technologieberatungsstelle Hessen ein branchenübergreifendes Weiterbildungsprojekt gestartet. Ziel ist es, innovative Angebote zum Wissenstransfer in Unternehmen zu entwickeln. Stattfinden soll das in hessischen klein- und mittelständischen Unternehmen. In Workshops sollen Betriebsräte gemeinsam mit Beschäftigten, Geschäftsführung und Gewerkschaftssekretären die Konzepte diskutieren und erarbeiten. Ein Internetportal wird Betriebsräte vernetzen und den Informationsaustausch sicherstellen. Das Projekt startet im ersten Quartal kommenden Jahres und wird vom hessischen Wirtschaftsministerium und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. •

www.tbs-hessen.info

DGB - Broschüre

Infos für Freiwilligendienst

Seit Juli 2011 können junge Menschen einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) leisten. Ähnlich wie die Zivildienstleistenden zuvor können sie in Krankenhäusern, Alten- oder Krankenpflegeeinrichtungen arbeiten. Sowohl für die freiwilligen Frauen und Männer als auch für Betriebsräte in den Einrichtungen wirft der BFD Fragen auf. Die DGB-Broschüre „Das Bundesfreiwilligendienstgesetz –

eine verpasste Chance“ erläutert, worauf sie achten müssen. Von der Dauer des Dienstes über den Versicherungsschutz bis hin zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Zudem sind die Gesetzestexte sowie Merkblätter im Anhang zu finden. Die Broschüre kann für 2,50 Euro zuzüglich Versandkosten online im DGB-Bestellservice erworben werden. •

www.bit.ly/bfd_dgb

digitalcourage e.V.

Neuer Name, altes Ziel

Der vormalig unter dem Kürzel Foe-BuD firmierende „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V.“ hat sich umbenannt in „digitalcourage e.V.“ Ziel der Aktivitäten ist es auch weiterhin, sich „für eine lebenswerte digital vernetzte Welt“ einzusetzen. Unter anderem wird der Verein auch künftig den BigBrotherAward für die größten Datenskandale vergeben. „digitalcourage“ hat DesignerInnen und KünstlerInnen zu einem Wettbewerb aufgerufen, um ein neues Logo zu kreieren. •

www.digitalcourage.de

interregio

••• Der **DGB Bayern** unterstützt das **Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studiengebühren abschaffen“**, das am 17. Januar in Bayern stattfindet. Der DGB ruft dazu auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Der Vorsitzende des DGB Bayern Matthias Jena erklärt: „Studiengebühren sind unsozial, weil sie Jugendliche aus einkommensschwachen Familien massiv benachteiligen.“ Die Abschaffung

der Studiengebühren sei auch ein Gebot ökonomischer Vernunft, so Jena. „Auf der einen Seite wird ausdauernd der drohende Fachkräftemangel beklagt, auf der anderen Seite erschwert man einem Teil der Bevölkerung mit den Studiengebühren den Zugang zu unseren Hochschulen.“ www.bayern.dgb.de

••• Der **DGB Nord** hat gemeinsam mit den drei norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

und Hamburg die **Ausweitung der Minijobs** durch die Bundesregierung kritisiert. In einer gemeinsamen Erklärung werden die schwarz-gelben Pläne als „Irrweg“ bezeichnet. Die Maßnahme würde den Anteil prekärer Beschäftigung im Norden erhöhen und gute Arbeit zu fairen Löhnen in Deutschland erschweren. Die ArbeitnehmerInnen bräuchten endlich Löhne, von denen sie leben können.

www.nord.dgb.de/15AA

GEWERKSCHAFTEN

Arbeitsmarkt

Aufstocken als Methode

1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen trotz Job ihr Gehalt durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Der DGB kritisiert, dass ergänzende Leistungen für NiedrigverdienerInnen mittlerweile ein wesentlicher Teil des Hartz-IV-Systems sind. Hauptursache ist der boomende Niedriglohnssektor.

Acht Stunden Arbeit am Tag, fünfmal die Woche und trotzdem reicht der Lohn am Ende des Monats nicht zum Leben. So sieht die Realität für rund 350 000 vollzeitbeschäftigte Menschen in Deutschland aus. Für den DGB-Arbeitsmarktexperten Wilhelm Adamy ist das ein Skandal: „Hartz-IV-Armut trotz voller Erwerbstätigkeit ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde.“ Mit Blick auf die nachwachsende Generation sei dies ein „verheerendes gesellschaftspolitisches Signal“, warnt Adamy.

Eine DGB-Analyse zeigt: Die Annahme, Hartz-IV-BezieherInnen seien alle arbeitslos, trifft schon lange nicht mehr zu. Von den knapp 4,5 Millionen ALG-II-EmpfängerInnen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind gerade zwei Millionen Menschen ohne Job. Demnach dient Hartz IV vielen Menschen als notwendiges Zusatzeinkommen. Adamy kritisiert, dass Unternehmen Hartz-IV-Leistungen als Kombilohn missbrauchen. „Sie wirken wie ein unbefristeter Lohnkostenzuschuss, der dann besonders hoch ist, wenn die Unternehmen niedrige Löhne zahlen.“ Durch Dumpinglöhne wird der Wettbewerb zu Lasten fair zahlender Unternehmen verzerrt. Im regionalen Vergleich leben zwar in Ostdeutschland mehr AufstockerInnen. Doch auch in Westdeutschland steigt die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit arm sind.

Für den DGB steht fest: Ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde würde den Menschen helfen und zugleich die Ausgaben für Hartz IV um mehrere Milliarden senken. „Ein Ende des Aufstockerunwesens ist ein Beitrag für mehr Ordnung,

Fairness und Wettbewerbsgleichheit am Arbeitsmarkt“, so der DGB.

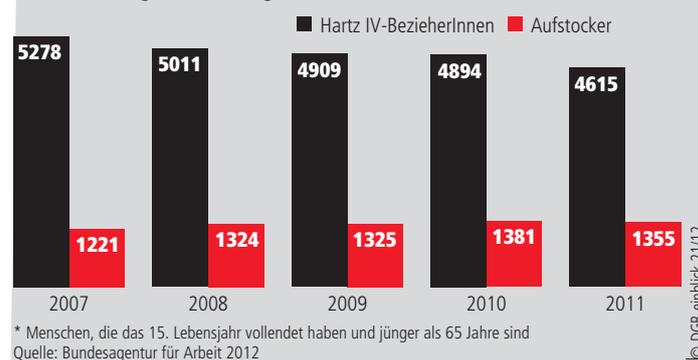
Entscheidender Faktor für die steigende Anzahl von Aufstockern ist der anhaltende Boom im Niedriglohnssektor. Neue Berechnungen des DGB zeigen zudem, dass auch immer mehr Vollzeitbeschäftigte mit Berufsausbildung zu

regeln für Arbeitslose zu ändern. Diese sollten sich an Tarifverträgen oder an ortsüblichen Löhnen orientieren.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nimmt die Bundesregierung in die Pflicht: „Die Koalition darf nicht länger sehenden Auges in Kauf nehmen, dass jeder fünf-

Viele Aufstocker

Erwerbstätige Hartz-IV-BezieherInnen (Aufstocker) und Hartz-IV-BezieherInnen im erwerbsfähigen Alter* insgesamt, in Tausend



Im Juli 2012 waren 1,32 Millionen Hartz-IV-EmpfängerInnen erwerbstätig, davon 557 000 in sozialversicherungspflichtigen Jobs. Rund vier Milliarden Euro haben Bund und Länder alleine für die sozialversichert beschäftigten AufstockerInnen aufgewendet.

Niedriglöhnen arbeiten. So lag deren Niedriglohnquote 2010 bei etwa einem Fünftel. Rund 2,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte mit beruflicher Ausbildung zählen zu den Geringverdienern. Wilhelm Adamy stellt klar: „Eine unzureichende Qualifikation kann mehrheitlich nicht für das Ausmaß des Niedriglohnssektors angeführt werden.“ Ursache für den Niedriglohnboom ist vielmehr wachsende atypische Beschäftigung. Fast 50 Prozent von ihnen müssen zu einem Niedriglohn arbeiten, bei den MinijobberInnen sind es sogar 84 Prozent und bei den LeiharbeiterInnen 68 Prozent. Um den Niedriglohnssektor einzudämmen, fordert der DGB unter anderem die Zumutbarkeits-

regeln für Arbeitslose zu ändern. Diese sollten sich an Tarifverträgen oder an ortsüblichen Löhnen orientieren. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nimmt die Bundesregierung in die Pflicht: „Die Koalition darf nicht länger sehenden Auges in Kauf nehmen, dass jeder fünf-

Billigjobs und Hartz IV

In der Diskussion um höhere Hartz-IV-Bezüge hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) vor zusätzlichen Kosten gewarnt. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, sagte laut Süddeutscher Zeitung: „Ein höherer Hartz-IV-Bezug wird schnell zum Vermittlungshemmnis.“

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte dazu: „Ein Vermittlungshemmnis ist nicht der Regelsatz, sondern die Perspektivlosigkeit von Billigjobs, die nicht aus der Armut führen.“ Das festgelegte Existenzminimum habe Verfassungsrang und dürfe nicht nach Kassenslage bestimmt werden, so Buntenbach. Die Bundesregierung müsse endlich dafür sorgen, dass Beschäftigte nicht länger mit Armutslohnen abgespeist werden.

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro hilft entscheidend, um die Abhängigkeit von Transferleistungen zu vermeiden und die Kosten einer Regelsatzerhöhung aufzufangen. Zum 1. Januar 2013 steigen die Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene von 374 auf 382 Euro im Monat.

Mehr zum Thema gibt es auf der Homepage des DGB unter: www.dgb.de/15JH

kurz & bündig

ver.di

Die erste Ex-Schlecker-filiale läuft seit November als Genossenschaftsmodell. Mit Unterstützung von ver.di ist der erste Dorfladen in Erdmannshausen (Kreis Ludwigsburg) eröffnet worden. Die Filiale dient als Vorreiter, weitere sollen folgen.

EVG

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) will mit einem „Acht-Punkte-Plan“ Verkehrslärm im Schienenverkehr minimieren. Die EVG schlägt u.a. vor, auf bestimmte Bremsmechanismen in Zügen zu verzichten. Die Beschäftigten sind aufgefordert, Lärmquellen aus ihrem Arbeitsumfeld zu melden: leiserzug@evg-online.org



Mit einem speziellen Seminarprogramm will die IG Metall Betriebsräte und Vertrauensleute im Engineering-Bereich sowie in der Informations- und Telekommunikationsbranche unterstützen. So gibt es z.B. Angebote zum Thema Werkvertrag und Leiharbeit in der IT-Branche sowie im Engineering-Bereich. Die Seminare stehen auch interessierten Beschäftigten und Nicht-Organisierten offen.



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Einrichtung eines nationalen Waffenregisters begrüßt. Es sei wichtig für Polizeibeamtinnen und -beamte, rasch überprüfen zu können, ob an einem Einsatzort, zum Beispiel einer Familienauseinandersetzung, eine Waffe im Haus ist.

Fußball-WM 2022

Nein zu Katar

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) will mit einer Aktion auf die schlechten Bedingungen der Beschäftigten im Emirat Katar hinweisen. Katar ist Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2022. Laut IGB wird rund 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen untersagt, einer Gewerkschaft beizutreten. 94 Prozent von ihnen sind Wanderarbeitskräfte ohne jegliche

Rechte. Zudem warnt der IGB vor der hohen Todesrate unter den Arbeitsmigranten. So kommen jedes Jahr alleine etwa 200 nepalesische Arbeitskräfte ums Leben. Genaue Zahlen über Arbeitsunfälle gibt es nicht, weil Katar sich weigert, sie zu veröffentlichen. Der IGB fordert weltweit alle Menschen auf, sich an der Aktion im Internet zu beteiligen. Ziel ist es, ein virtuelles Fußballstadion voll UnterstützerInnen zu organisieren. Teilnehmen kann man auf der Internetseite. ●

<http://act.equaltimes.org/de>

Bürgerbeteiligung

Gute Arbeit ist die Grundlage

Ob bei Stuttgart 21, mit Online-Petitionen oder in der Elternarbeit in der Schule – BürgerInnen sollen sich stärker in öffentliche Prozesse einbringen können. Doch das setzt Strukturen voraus und stellt Erwartungen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat deshalb auf dem Schöneberger Forum des DGB gefordert: „Wer etwas für mehr Bürgerbeteiligung tun will, muss auch etwas für gute Arbeit im öffentlichen Dienst tun.“ Sie kritisiert, dass in der Diskussion um mehr Beteiligung oft bürgerliches Engagement und „Bürokratie“ gegeneinander ausgespielt werden. Mehr zur Debatte anlässlich des Schöneberger Forums gibt es im Internet. ●

www.bit.ly/öd_beteil

GdP

Burn-out im Streifenwagen

Polizistinnen und Polizisten haben einen stressigen Alltag. Massiver Personalabbau und steigende Anforderungen belasten zudem viele Beschäftigte. Deshalb will die Gewerkschaft der Polizei den Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Polizei stärken. Jörg Bruchmüller, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, fordert, einen Arbeitskreis „Arbeitschutz und behördliches Gesundheitsmanagement“ als Expertengremium der Innenministerkonferenz aufzubauen. Er appellierte zudem an die zuständigen Ministerien, den Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht zu regionalisieren. Wenn jetzt Bund und Länder auch noch die Gesundheitsvorsorge einschränken, werde die soziale Schieflage bei der Polizei noch verstärkt. ●

IG BAU

Keine Schrottimmobilien

Wenn Immobilien jahrelang unbewohnt vor sich hingammeln, weil die Eigentümer auf steigende Preise spekulieren, sollen die Kommunen einschreiten dürfen. Die IG BAU unterstützt eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag.

Damit soll verhindert werden, dass marode und lange leerstehende Häuser zu städtebaulichen Dauerproblemen werden. Vorgesehen sind schärfere Sanktionen gegen unwillige Eigentümer bis hin zu Abrissverfügungen und einer Beteili-



DGB-Kalender 2013

Orientieren im Wahljahr

Politisch und gewerkschaftlich wird das kommende Jahr ereignisreich: Im September 2013 findet die Bundestagswahl statt, es gibt drei Landtagswahlen und vier Gewerkschaftskongresse. Um alle Termine im Blick zu behalten, können sich GewerkschafterInnen ab sofort den DGB-Kalender 2013 beim DGB vor Ort abholen. Neben wichtigen politischen Daten sowie den Kontaktdaten der Gewerkschaften liefert der Kalender Wissenswertes über historische Jahres- und Gedenktage. So informiert er zum Beispiel über die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 durch die Nazis. Außerdem enthält der Kalender alle wichtigen Strukturdaten zum DGB und zu den Gewerkschaften, etwa die Mitgliedszahlen, die Tarifsteigerungen 2012 und interessante Links zu Projekten und Kampagnen. ●

gung an den Kosten. Dafür soll das Baugesetzbuch geändert werden. Bislang sei der „Abriss-Paragraph“ ein stumpfes Schwert. Kommunen können aktuell erst bei Gefahr einschreiten. Angestoßen wurde die Gesetzesinitiative von den Ländern NRW und Bremen. Der Bundesrat hat bereits zugestimmt. ●

Internationale Aktionswochen

Drei Länder – ein Konzept

Die Gewerkschaften warnen seit langem vor den negativen Folgen der Finanzkrise. Der österreichische Gewerkschaftsvorsitzende Wolfgang Katzian beschreibt, warum nun drei Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gemeinsam aktiv werden.

Ausgangspunkt der Aktionswochen im November war ein Arbeitstreffen der Gewerkschaften GPA-djp (Österreich), ver.di (Deutschland) und Unia (Schweiz) im Februar 2012 in Wien. Der Schock über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise war groß: Die Arbeitslosigkeit hat sich in der EU fast verdoppelt, und jeder sechste Europäer, also rund 80 Millionen Menschen, lebt in Armut. Für die Führung der drei Gewerkschaften stand fest, dass nur **durch eine stärkere länderübergreifende Kooperation** ein Gegengewicht zur derzeitigen falschen Krisenbewältigungsstrategie entwickelt werden kann.

In Österreich laufen bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich die Aktionswochen der GPA-djp. Gemäß unserem Grundsatz „Wir sind bei den Menschen“ nimmt sich die Organisation mindestens dreimal im Jahr eines Themas an und besetzt dies einige Wochen lang in den Betrieben und auch im öffentlichen Raum. Meist gelingt es dabei auch, das Thema in den Medien zu platzieren. In der Regel werden ArbeitnehmerInnen von einem Meinungsforschungsinstitut zum Thema der Aktionswoche befragt, und wir ziehen daraus die Schlussfolgerungen. Dieses Grundkonzept wurde auch für die internationalen Aktionswochen übernommen.

Auch wenn die Rahmenbedingungen in den drei Ländern große Unterschiede aufweisen, sind die aktuellen Probleme länderübergreifend und können auch nur international gelöst werden. Ohne dass die wirklich großen Vermögen einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, wird kein Ausweg zu finden sein. Dass in allen drei Ländern eine klare Mehrheit der Bevölkerung in einer Umfrage die Forderungen der Gewerkschaften unterstützt, hat uns in dieser Deutlichkeit selbst überrascht. Eine große Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland verlangt **einen stärkeren Beitrag der großen Vermögen zur Krisenbewältigung**.

Die Schweiz gilt ja allgemein als ein Land, das weitgehend von den Folgen der Krise verschont geblieben ist, und auch als Land mit großem Wohlstand. Aber auch die SchweizerInnen spüren erste negative Auswirkungen einer Politik, die primär die

Reichen bevorzugt und die öffentlichen Haushalte stark unter Druck setzt. Deshalb kritisiert Andreas Rieger, der Co-Vorsitzende der Unia, die aktuelle Politik der Schweizer Regierung scharf. Deutschland wiederum ist das Land, das durch seine ökonomische Dominanz die Krisenbewältigungsstrategie der EU maßgeblich bestimmt. Frank Bsirske, der Vorsitzende der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, sieht diese Politik äußerst kritisch und spricht von einem **Teufelskreis von Sozialabbau, Rezession und immer höherer Staatsverschuldung**, den es zu durchbrechen gelte.

Österreich ist innerhalb der OECD überhaupt das Land mit der geringsten Vermögensbesteuerung. Eine kleine Minderheit von Reichen wird immer reicher. Umso unverständlicher ist es, dass den Menschen eingeredet wird, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun den Gürtel enger schnallen. Durch eine stärkere Besteuerung von Vermögen könnten wichtige Zukunftsprojekte in den Bereichen Bildung und Pflege finanziert werden. Die GPA-djp wird dieses sicherlich zu einem der Themen im bevorstehenden Nationalratswahlkampf machen.

In allen drei Ländern ist es uns gelungen, das Thema in der Öffentlichkeit zu platzieren. In der Schweiz und in Österreich gab es Beiträge zu Hauptsendezeit des öffentlichen Fernsehens. Einige öffentliche Aktionen fanden große Beachtung, und in den Betrieben hatten wir ebenfalls Erfolg. Der große Streiktag in den südeuropäischen Ländern am 14. November hat gezeigt, wohin die Entwicklung geht. Wenn es zu keiner Umorientierung in der Krisenpolitik kommt, dann ist es nur eine Frage der Zeit, dass auch die Länder Nord- und Mitteleuropas von Wirtschaftseinbruch und steigender Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Die drei Gewerkschaften sind sich einig, dass diese Aktionen nicht der Endpunkt einer Auseinandersetzung sind, sondern der Beginn eines Konflikts, an dessen Ende sich wohl noch mehr Gewerkschaften zusammenfinden werden, **um einen Kurswechsel in Europa einzufordern und durchzusetzen**. ●



Foto: Nurih Wagner-Strauss

Wolfgang Katzian ist Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

„Geld ist genug da“

Im Oktober befragte TNS Infratest im Auftrag der drei Gewerkschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz die Bevölkerung nach ihrer Bewertung der Krisenpolitik und ihren Folgen. Das Ergebnis der repräsentativen Umfrage:

Drei Viertel der Befragten in den drei Ländern wollen einen Kurswechsel in der Europapolitik. Sie erwarten mehr Investitionen in sozial-ökologisches Wachstum und verlangen, dass Millionäre über die Vermögens- und Erbschaftssteuer stärker an den Kosten der Krise beteiligt werden.

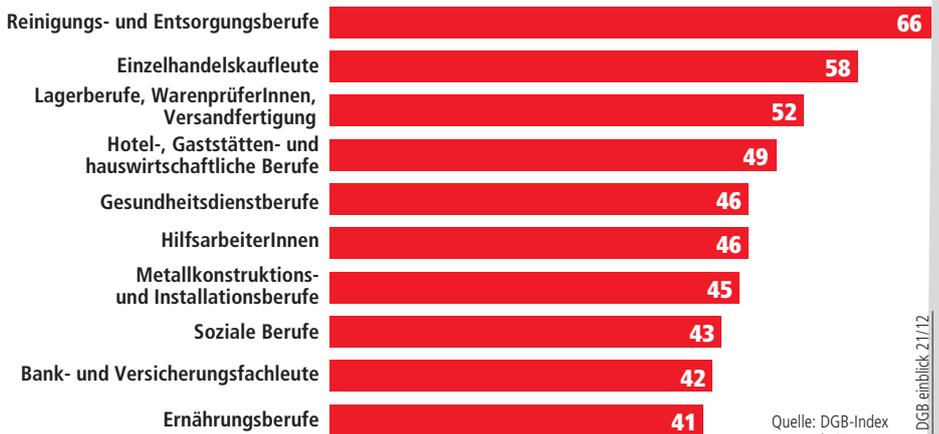
Unter dem Aktionsmotto „Geld ist genug da“ wollen die Gewerkschaften in den kommenden Monaten mit betrieblichen und öffentlichen Aktionen für eine andere Politik werben – und sie gemeinsam durchsetzen.

Initiatoren der länderübergreifenden Aktion sind ver.di und die Schwestergewerkschaften Unia (Schweiz) sowie Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp/Österreich). Unia ist mit rund 200 000 Mitgliedern die größte Teilgewerkschaft im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Die GPA-djp ist mit rund 270 000 Mitgliedern und 15 000 Betriebsräten die größte Gewerkschaft im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).

RENTE: Negative Erwartungen

38 Prozent der ArbeitnehmerInnen gehen davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente im Alter nicht leben können. Das ergibt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. 50 Prozent der Beschäftigten im Handel, 48 Prozent im Gastgewerbe und 47 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen schätzen ihre finanzielle Situation in der Zukunft als schlecht ein. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach fordert, mit Hilfe einer Demografie-Reserve den „Verfall der Rente zu stoppen“.
www.dgb.de/I53I

Beschäftigte aus verschiedenen Berufsgruppen, die davon ausgehen, im Alter nicht von ihrer Rente leben zu können (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

© DGB einblick 21/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.12. Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

4.12. IG BCE, Netzwerkkonferenz zum Demografie-Tarifvertrag, Hannover

5.-7.12. IG Metall, Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“, Berlin

5.12. DGB Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Wachstumsbranche Call- und Servicecenter“, Magdeburg

5.12. Agentur für Erwachsene und Weiterbildung, Fachtagung „Politische Bildung gegen Rechtsextremismus“, Hannover

6.12. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum?“

Demografie für Nachhaltigkeit des Sozialsystems“, Berlin

7.12. DGB, Tagung „Familienbewusste Arbeitszeiten im Praxistest – Auf dem Weg zu einer lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung?!“, Berlin

7.12. Theater Aufbau Kreuzberg unterstützt unter anderem von ver.di, DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Theaterpremiere „hold the line“, Berlin

10.12. ver.di, „Behinderntenpolitische Tagung“, Berlin

10.12. DGB-Bildungswerk, Tagung „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Mehr als PR?“, Düsseldorf

Tipp

Buch: Michaela Kuhnhenne, Ingrid Mieth, Heinz Sünker, Oliver Venzke: (K)eine Bildung für alle – Deutschlands blinder Fleck, Verlag Barbara Budrich 2012, 206 Seiten, 24,90 Euro

In keiner anderen Industrienation ist das Verhältnis von Bildung und sozialer, kultureller und finanzieller Teilhabe so eng wie in Deutschland. Das Buch „(K)eine Bildung für alle – Deutschlands blinder Fleck“ fasst die Forschungsflut der vergangenen Jahre zusammen und ordnet diese ein. In verschiedenen Beiträgen werden alle Facetten des Themas analysiert – von der Chancengleichheit über die frühkindliche Bildung, die Schul- und Berufsausbildung bis hin zur beruflichen Weiterbildung.



13.12. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltige Energiepolitik“, Berlin

13.12. DGB Sachsen, Workshop „Gleichberechtigt geht's leichter. Faire Chancen für erwerbstätige Frauen“, Dresden

14.12. DGB Sachsen, Dialogkonferenz „Neonazismus in Sachsen“, Dresden

14.12. Mach meinen Kumpel nicht an e.V., Tagung „Gleichbehandlung und Antirassismus in Betrieb und Verwaltung“, Essen

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:**

Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet:

www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel,

Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Ver-

lag und Autor.

Schlusspunkt.

„Man kann morgens um fünf Uhr für das neueste Gerät auf dem Markt anstehen. Man kann aber auch einen ganzen Tag lang vor dem Laden protestieren – gegen unmenschliche Arbeitsverträge dort, wo diese Produkte hergestellt werden.“

Bundespräsident Joachim Gauck auf der Veranstaltung „Führungstreffen Wirtschaft“ der Süddeutschen Zeitung am 15. November in Berlin.

Sozialhilfe**Soziales Leben ist auch wichtig**

Auch schwerstbehinderte Menschen haben Anspruch auf eine möglichst selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Fall: Die mehrfach schwerstbehinderte und mittellose Frau wird zu Hause von ihrer Mutter gepflegt. Sie kann weder sprechen noch sehen und sitzt im Rollstuhl. Da die Busse des öffentlichen Nahverkehrs im Heimatort nicht behindertengerecht sind, beantragte die Mutter Kostenübernahme für ein behindertengerechtes Kfz. Nur mit einem entsprechenden Fahrzeug sei ihre Tochter in der Lage, Verwandte und Freunde zu besuchen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Der Antrag wurde vom Landkreis abgelehnt. Aufgabe der Sozialhilfe sei es nicht, einen sozialen Mindeststandard zu gewährleisten; auch nichtbehinderte Menschen, die über kein Kfz verfügen, müssten ihre sozialen Kontakte auf andere Weise pflegen. Statt des begehrten Kfz gewährte der Kreis Gutscheine für ein Behindertentaxi. Die gegen die Ablehnung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Behinderten Menschen muss die Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben sowie der Kontakt zur sozialen Umwelt möglich sein. Dies ist im vorliegenden Fall nur durch ein behindertengerechtes Kfz möglich. Durch die gewährten Gutscheine für ein Behindertentaxi kann dieses Ziel schon deshalb nicht in gleicher Weise erreicht werden, weil entsprechende Fahrzeuge in der näheren Umgebung der Frau nicht vorhanden sind.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 26. September 2012 – L 2 SO 1378/11**

Sozialhilfe**Ersatzpflicht kann bestehen**

Wer seine Hilfebedürftigkeit grob fahrlässig verschuldet, ist verpflichtet, die empfangenen Hilfsleistungen zurückzuerstatten.

Der Fall: Der Mann wurde wegen räuberischen Diebstahls in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung und versuchter Vergewaltigung zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Wegen des dringenden Verdachts, dass er die Geschädigte (erneut) telefonisch kontaktierte, saß er zwei Monate in Untersuchungshaft. Aus diesem Grunde kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis. Das Jobcenter bewilligte der Ehefrau und dem gemeinsamen Kind Sozialhilfe und verlangte vom Mann „Kostenersatz wegen schuldhaften Verhaltens“ in Höhe von 1.477,41 Euro, weil er mit dem Verlust des Arbeitsplatzes infolge seiner Inhaftierung die Hilfebedürftigkeit von Ehefrau und Kind grob fahrlässig herbeigeführt habe. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Strafbares Verhalten führt nur zu Ersatzpflicht, wenn es auf die Herbeiführung von Hilfebedürftigkeit oder den Wegfall der Erwerbsfähigkeit oder -möglichkeit gerichtet ist. Nicht jedes verwerfliche Verhalten, das zu einer Leistungserbringung führt, hat eine Ersatzpflicht zur Folge. Erfasst wird nur ein „sozialwidriges Verhalten“ mit spezifischem Bezug zur Leistungserbringung. Auf die existenzsichernden und nur bedarfsabhängigen Leistungen besteht ein Rechtsanspruch. Sie sind unabhängig von ihrer Ursache und einem vorwerfbaren Verhalten in der Vergangenheit zu leisten. Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist das Verhalten des Mannes nicht als sozialwidrig im Sinne des Sozialgesetzbuches einzustufen, obwohl es, wie die strafrechtliche Bewertung zeigt, in hohem Maße verwerflich ist.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 2. November 2012 – B 4 AS 39/12 R**

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung**Kann am ersten Tag verlangt werden**

Nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz darf der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer die Vorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und deren voraussichtliche Dauer vom ersten Tag der Erkrankung an verlangen. Die Ausübung dieses Rechts liegt im Ermessen des Arbeitgebers und ist nicht an besondere Voraussetzungen gebunden.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. November 2012 – 5 AZR 886/11**

Sozialhilfe**Nur erforderliche Bestattungskosten**

Aufwendungen für Todesanzeige, Kondolenzmappe, Schmuckurne und kirchliche und bürgerliche Feierlichkeiten gehören nicht zu den erforderlichen Kosten einer Bestattung, die vom Sozialhilfeträger zu übernehmen sind. Erforderliche Kosten sind nur die, die üblicherweise für eine, den örtlichen Gepflogenheiten entsprechende einfache Bestattung anfallen und die unmittelbar der Bestattung unter Einschluss der ersten Grabherrichtung dienen. Die Aufwendungen müssen mit der Durchführung der Bestattung untrennbar verbunden sein.

**Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 15. November 2012 – S 1 SO 2641/12**

Lehrer in NRW**Reisekosten für Klassenfahrten**

Beamtete Lehrer in Nordrhein-Westfalen haben für die Teilnahme an Klassenfahrten einen Anspruch auf Reisekostenvergütung. Ein formularmäßiger Verzicht ist unwirksam. Das Land verstößt gegen die Fürsorgepflicht, wenn es Klassenfahrten systematisch von einem Verzicht der Lehrer auf Reisekostenvergütung abhängig macht.

**Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 4. November 2012 – 1 A 1579/10**

Lehrer in Berlin**Dürfen in der Schule nicht rauchen**

Ein verbeamteter Lehrer kann die Einrichtung eines Raucherzimmers im Schulgebäude nicht verlangen. Das Berliner Schulgesetz verbietet das Rauchen auf dem gesamten Schulgelände ausnahmslos. Dieses Rauchverbot dient nicht nur dem Schutz vor den schädlichen Wirkungen des Passivrauchens, sondern vor allem der Suchtprävention. Dem vorbeugenden Schutz vor Gesundheitsgefahren durch den Konsum von Tabak kommt Vorrang vor den Belangen des Lehrers zu, der zum Rauchen das Schulgelände verlassen muss.

**Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 8. August 2012 – OVG 4 B 29.10**

Hartz IV**Urlaubsabgeltung ist nicht anzurechnen**

Kann der Urlaub nicht als Freizeit genommen werden, weil das Arbeitsverhältnis zu Ende geht, ist der offene Urlaubsanspruch auszahlbar. Wenn die Urlaubsabgeltung in der Zeit des Hartz-IV-Bezugs erfolgt, darf die Zahlung nicht auf den Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden.

**Sozialgericht Düsseldorf,
Urteil vom 18. Oktober 2012 – S 10 AS 87/09**